67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Gegespalt. Zeile 5.— M., Reklameteil 25.— M.
Stellungssuchende 2 Mark

Besondere Beilagen erscheinen: Zinsscheinblatter, Allgemeine Verlosungslisten mit Zahlungslisten der Preußischen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten.

Zeitung erscheint in der Woche zweimal
Preis an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel.

Nummer 370.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36.— Mark, monatlich 12.— Mark, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., den tschechoslowak. Staaten, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen u. Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspeditionen und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: Börsenkrone | Fernspr. d. Schriftlg.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstraße 37 | Mittwoch, 10. August 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzel-preis 40 Pf.

Teilung des Industrie-Dreieckes?

Die neue Arbeit der Sachverständigen.

Paris, 10. August.

Die Havasagentur berichtet, zu Beginn des gestrigen Abends seien die Arbeiten des Sachverständigenausschusses schon weit vorgeschritten gewesen. Die angesagte Sitzung habe nicht stattgefunden, dagegen würden die Sachverständigen heute vormittag zu einer Sitzung zusammentreten. Der Oberste Rat seinerseits werde um 4 Uhr zusammentreten. Man glaube, daß in dieser Sitzung ein über den Entwurf des Ausschusses beraten und ihm mit oder ohne Abänderung zugenommen. Die Entschließung über die Wiederaufnahme der Verhandlungen des Sachverständigenausschusses bedeutet:

„In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich ergeben dadurch, daß in den sogenannten Industriezentren im Herzen Oberschlesiens sich nebeneinander städtische Kommunen mit starken deutschen Mehrheiten und ländliche Kommunen mit polnischen Mehrheiten befinden, sowie ferner in Anbetracht der Notwendigkeit, daß nach Möglichkeit diese Lage mit den im Einvernehmen aufgestellten Grundsätzen in Uebereinstimmung gebracht werden müsse, wird die durch die Zuziehung der Oberkommissäre verstärkte Kommission der Sachverständigen aufgefordert, die Frage aufs neue zu prüfen und einen Bericht vorzulegen, aus dem hervorgeht, welche Kommunen aus wirtschaftlichen oder topographischen Gründen nicht von den obengenannten städtischen großen Gemeinden getrennt werden können. Der Bericht soll ferner Rücksicht nehmen darauf, welche Grenzabänderungen notwendig sind für die wirtschaftliche Existenz und die Wohlfahrt dieser Gemeinden."

Diese Entschließung bedeutet zweifellos

ein Nachgeben Englands

in seinem Standpunkte, von der Unteilbarkeit des Industriegebietes ist nicht mehr die Rede. Kaum erstaunt wurden die Sachverständigen angewiesen, zu berücksichtigen, in welcher Weise das Industriegebiet geteilt werden könne, ohne daß seinem Wirtschaftsleben beträchtlicher Schaden zugefügt werde. Ueber die Art, wie die Teilung des Industriegebiets erfolgen könnte, gehen die Ansichten der Pariser Morgenblätter auseinander. Der „Matin" ist der Ansicht, daß die Deutschen Gleiwitz und die um Gleiwitz herum liegenden Landgemeinden erhalten könnten und tröstet die Polen damit, daß ihnen der Osten des Industriebezirks zufalle und sie nunmehr die Kohlenlieferungen aus dem besten Pitt und Rybnik haben würden, womit sie sich zufrieden geben könnten. Anderen Blättern zufolge wäre beim Zeitungsfall des Industriegebietes von 75 Prozent zugunsten Polens und von 25 Prozent zugunsten Deutschlands ergeben, während Pertinax im „Echo de Paris" für die Deutschen 60 Prozent herausrechnet. Der „Matin" meint, es sei natürlich noch verfrüht, zu sagen, ob diese oder jene Teilungslinie vom Obersten Rat angenommen werde.

Die Stimmung in der französischen Presse ist, mit wenigen Ausnahmen, zuversichtlich. Der „Petit Parisien" führt aus, daß sich das Vorgehen der Sachverständigen so gestalten werde: Sie werden eine Stadt nach der andern im Industriegebiet vornehmen und werden den Kreis abstecken, der in wirtschaftlicher Hinsicht von jeder Stadt abhängig ist. Auf diese Weise werde man es nicht mehr mit einem industriellen Dreieck, sondern mit einer großen Anzahl von Gebieten zu tun haben, es gäbe keinen Industriebezirk, sondern eine ganze Sammlung von Gebieten, die wirtschaftlich trennbar sind. Da die Ergebnisse der Abstimmung für jedes Gebiet genau zu bestimmen sind, ist es klar, daß nach dieser von den Sachverständigen vorgenommenen Trennung es sehr einfach wäre, eine Trennungslinie zu ziehen, die die künftige deutsch-polnische Grenze sein wird. Sobald nur diese Linie festgelegt sei, werde es keine oberschlesische Frage mehr geben.

So einfach stellt sich Pertinax allerdings die Lösung dieses Problems nicht vor. Er schreibt in seinem heutigen Artikel: Der gestrige Tag hat schlecht begonnen, aus nicht sagen will, daß er gut geendet hat. Lloyd George sieht sich zu einer Rede hinreißen, worin er die Extravaganten und historischen Grundsätze wiederholte, die er bereits in seiner Rede vom 21. Mai aufstach. Pertinax findet es lächerlich zu behaupten, daß Oberschlesien den Deutschen länger angehöre als die Normandie Frankreich, obwohl diese bereits im 11. Jahrhundert Frankreichs Zivilisation England gegenüber verteidigt habe. Schließen habe im 14. Jahrhundert zu Böhmen gehört, und es habe unter den Habsburgern, also im Grunde genommen, selbst unter den Hohenzollern seinen polnischen Charakter bewahrt. Die Gründe und die historischen Ansichten, die Lloyd George dargelegt habe, bringen Frankreich, eine Lösung der oberschlesischen Frage anzunehmen, die bereits in England vorbereitet wurde, der — nicht mehr mit dem Weiterbestand der Entente zu rechnen. Die schwache Antwort Briands auf die Rede Lloyd Georges habe die Partie Frankreichs nicht wiederhergestellt. An dieser Stelle schaltet Pertinax eine Bemerkung ein: Da Briand entschlossen war, nachzugeben, erklärte er seinen englischen Kollegen, daß die von diesem gesprochenen Worte die französischen Kreise nicht dazu bringen würden, sich geduldig zu zeigen. Man dachte infolgedessen daran, die Worte Lloyd Georges aus der Welt zu schaffen. Lord Riddel, der mit dem Pressedienst beauftragt ist, hatte jedoch den Korrespondenten bereits das wesentliche der Rede mitgeteilt.

Das französische Außenministerium erklärte offiziell, daß der von Lord Riddel mitgeteilte Text der Rede nicht wortgetreu war. Pertinax hebt hervor, daß der Quai d'Orsay sich wohl hüten werde, den wortgetreuen Text zu veröffentlichen. Er erklärt ferner, daß während des Frühstücks zwischen Briand und Lloyd George

das Kompromiß vereinbart

wurde. Lloyd George bestehe nicht mehr darauf, daß das Industriegebiet unteilbar sei, sondern er billige nunmehr eine Teilung. Aber das sei eine Teilung der Abwehrhaut, meint Pertinax, womit Briand sich zufrieden geben müsse, weil er erklärt hatte, daß man wegen Oberschlesien und wegen Polen die Entente cordiale nicht brechen dürfe. Pertinax erklärt, daß die Sachverständigen die von Lloyd George aufgestellten Grundsätze als Prinzipien ihrer Arbeit angesehen hätten, doch mußten sie rasch erkennen, daß damit eigentlich dasselbe Ergebnis erzielt würde, als wenn der Grundsatz der Unteilbarkeit des Industriegebietes aufrechterhalten worden wäre. Infolgedessen forderten sie eine Abänderung ihres Auftrages. Es wurde vereinbart, daß sie im Innern des Industriegebietes gewisse wirtschaftlich autonome Gebiete herausheben sollten. Gestern um 9 Uhr abends waren die Arbeiten der Sachverständigen nahezu beendet. Sie hatten herausgerechnet, daß Deutschland etwa 55—60 pCt. des Industriegebietes erhalten würde.

Wie Frankreich in der Behandlung des eigentlichen Problems nachgab, so war es auch in der Frage der Truppenverstärkungen nicht besser vertreten. Pertinax schreibt, daß Le Rond berichtet habe, ihm seien nur 250 Gewehre und ein Maschinengewehr übergeben worden. Aber alle diese Einzelheiten hätten keinen Wert mehr, da die Deutschen ohnehin zum größten Teil Genugtuung erhalten würden. Die Worte des Generals Le Rond seien ins Leere gesprochen gewesen. Dennoch habe man wegen der Frage der Truppenverstärkungen Berlin 14 Tage lang bedroht und in London eine brutale Sprache geführt. Pertinax fragt sich: Gibt es denn überhaupt noch eine französische Politik?

Ganz anderen Sinn haben die Anschauungen, die „Oeuvre" zum Ausdruck bringt. Er erklärt, daß nunmehr eine Lösung des Problems gefunden sei, durch die die Polen 60 Prozent des Industriegebietes erhalten würden. (Pertinax behauptet bekanntlich, daß Deutschland diese erhalten würden), aber Lord Curzon sei mit dieser Anschauung nicht zufrieden gewesen. Die Rede Lloyd Georges wäre nur für die Galerie bestimmt gewesen, in Wirklichkeit hätte er bereits nachgegeben, ehe er sie hielt. Ebenso zufrieden ist „Opinion libre" mit Lloyd George. Das Blatt konstiert den englischen Ministerpräsidenten scharf und will ihn nur eine gute Note erteilen, weil er zum erstenmal Frankreich eine Konzession machte, indem er Frankreich die Normandie zugestand.

Der „Matin" ist der Ansicht, daß bisher noch gar keine Teilungslinie bestehe, die vom Obersten Rat angenommen werden müßte. Er erklärt, daß sich Briand beim Empfang der Pressevertreter recht optimistisch gezeigt habe, und auf die Möglichkeit einer freundschaftlichen Lösung der Teilung Oberschlesiens hinwies. Dasselbe Blatt macht auch darauf aufmerksam, daß Lloyd George in seiner gestrigen Rede niemals nur als Vertreter Englands, sondern immer als Vertreter des britischen Weltreiches gesprochen habe.

Paris, 10. August.

Die Morgenblätter zweifeln fast durchweg nicht mehr an der Möglichkeit einer Einigung. „Petit Journal" sagt, das Industriedreieck sei die Festung der englischen Politik gewesen. Noch der zwei Tagen hätten die englischen Vertreter gesagt, es sei unteilbar, es müsse Deutschland zugesprochen werden. Nach der Verhandlung in öffentlicher Sitzung und nachdem Lloyd George und Briand in der Vollsitzung ihre widersprechenden Thesen gewissermaßen abgelöst vertreten hätten, habe man erklärt, daß sie in einem Punkte einig seien, der allen Dingen das Recht und die Gerechtigkeit in Betracht zu ziehen. Man habe Grundsätze angenommen, die dazu führen würden, daß eine gewisse Anzahl von klinen natürlichen Bezirken geschaffen werde, die zum Teil Deutschland und zum Teil Polen zugesprochen würden. Die Lösung, die man voraussehe, näher sich also der von Graf Sforza vorgeschlagenen.

„Gaulois" erklärt, der zweite Tag der Verhandlungen habe mit der instimmigen Annahme einer Resolution geendet, die eine merkliche Annäherung der beiden entgegengesetzten Standpunkte bedeute und zu der Hoffnung berechtige, daß nunmehr der Oberste Rat den Weg zur gerechten Lösung beschritten habe.

Auch „Figaro" schreibt, daß man sich in Wirklichkeit der Versöhnung nähere, trotzdem scheinbar die Gegensätze so unüberbrückbar seien, wie am gestrigen Tage.

Briands Rede.

Paris, 10. August.

Ueber die Rede, die Ministerpräsident Briand in der gestrigen Nachmittagssitzung des Obersten Rates hielt, verbreitet die Havasagentur folgenden ausführlichen Bericht. Briand sagte zunächst, die Politik Frankreichs bestehe nicht darin, einem auf dem Schlachtfeld Verwundeten das Leben zu nehmen, aber nach jedem Kriege gebe es Sieger und Besiegte. Der Friedensvertrag von Versailles spreche sogar klar aus, daß die Besiegten auch noch die Verantwortlichkeit für den Krieg trügen. Frankreich wünsche, ebenso wie seine Verbündeten, den Besiegten ein gerechtes Schicksal zu bereiten, aber nicht etwa ein privilegiertes Schicksal. Die Alliierten hätten beschlossen, einem Volke zur Wiederaufrichtung zu verhelfen, das sei das polnische Volk. Indem sie diesen Entschluß gefaßt hätten, hätten sie sich auch verpflichtet, ihm die Lebensmöglichkeit sicherzustellen. Die Grenzfrage sei den Mitgliedern der Friedenskonferenz sofort gestellt und das Problem in ethnographischer Hinsicht besonders studiert worden. Einstimmig hätten die Mitglieder der Friedenskonferenz Oberschlesien Polen in den Friedensbedingungen zugesprochen. Dadurch habe man Hoffnungen erweckt. Briand sagte, man könne Werke anführen, so u. a. Brockhaus' Konversationslexikon, daß Oberschlesien niemals für vollkommen deutsch erklärt worden sei.

Der französische Ministerpräsident besprach sodann das Ergebnis der Volksabstimmung und sagte, die Stimme eines Arbeiters habe den gleichen Wert wie die Stimme eines Bauern, aber es gebe eine moralische Erwägung, die im Zweifelfalle für die Interpretation der Volksabstimmung herangezogen werden müsse. **Man habe die Ausgewanderten abstimmen lassen, und ihre Stimmen könnten doch nicht den gleichen Wert haben, wie die Stimmen der Einwohner, die im Lande geblieben seien und viel mehr interessierter an dem endgültigen Schicksal ihrer Heimat seien. Von den 200 000 Auswanderten, die an der Abstimmung teilgenommen hätten, hätten 180 000 für Deutschland gestimmt. Im ganzen genommen habe das Ergebnis der Volksabstimmung gezeigt, daß der deutsche Bewohner im Westen, der polnische im Osten wohne.** Geographisch genommen sei also die Lösung leicht und wirtschaftliche Fragen könnten nur im polnischen Teile in Betracht. Es gebe bedeutende deutsche Industriezentren. Indem man einige von diesen Industriezentren gruppiert habe, habe man das Industriedreieck erzielt. Aber um zu beweisen, wie künstlich diese Schöpfung sei, genüge es, daran zu erinnern, daß es 1870 in Kattowitz nur ein Gasthaus gegeben habe. Im Industriebezirk hätten die Polen 30 000 Stimmen Mehrheit erzielt. Die ethnographischen Erwägungen müßten vorherrschen. Sie hätten die französische Regierung geleitet, und in ihrem Entwurf erhalte Deutschland die Mehrheit der Stimmen, die für Deutschland gestimmt hätten, aber auch Polen. Der englische Plan jedoch habe diesen Vorzug nicht, denn er wolle 70 Prozent der polnischen Stimmen Deutschland übertragen, während er nur 11 Prozent der deutschen Stimmen Polen zusprechen. Lloyd George habe am Vormittag bemerkt, damit das Industriedreieck leben könne, müsse man die Industriezentren der ländlichen Bevölkerung angliedern. Wenn diese Arbeit gemacht werde, bleibe das Dreieck trotzdem eine Enklave in der polnischen Masse, und um es dem deutschen Gebiet anzugliedern, stelle sich die Frage des Korridors.

Briand schloß mit der Erklärung: Wenn sich die Alliierten nicht einigen könnten, würden die Folgen unberechenbar sein. Die französische Regierung sei sich immer dieser Gefahr bewußt gewesen und habe die Frage geprüft, überzeugt davon, daß der einmütige gute Wille der Alliierten es gestatten werde, für das oberschlesische Problem eine Lösung zu finden, entsprechend der Billigkeit, den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und den Ergebnissen der Volksabstimmung. Die französische Regierung werde alles in diesem Sinne tun, was von ihr abhänge.

Ministerpräsident Bonomi appellierte alsdann im Namen Italiens an die Solidarität der Alliierten, um zu einer einstimmigen Entscheidung zu gelangen.

Der Vertreter Japans, Baron Hayashi, drückte den Wunsch aus, daß eine Einigung über eine gemeinsame Formel gefunden werde.

Die Sitzung des Obersten Rates war um 6 Uhr 55 Minuten beendet.

Paris, 10. August.

Nach den Berichten der Morgenpresse sagte Briand in seiner gestrigen Rede, Schlesien sei nicht sieben Jahrhunderte lang deutsch gewesen, wie der englische Erste Minister behauptet habe. Das sei ein geschichtlicher Irrtum. Schlesien sei vier Jahrhunderte lang, vom 10. bis zum 14. Jahrhundert, polnisch gewesen und habe dann das Schicksal Polens erlebt und dem Heiligen Römischen Reiche angehört. Selbst Brockhaus Konversationslexikon gebe zu, daß Schlesien niemals unmittelbare Beziehungen zu Deutschland gehabt habe, mit Ausnahme von einigen Gutsherrschaften, die vorübergehend im 14. Jahrhundert Reichslehensgüter gewesen seien. Erst die gewaltsame Annexion durch Friedrich den Großen habe 1742 dem ein Ende gemacht. **Industriell sei das Land erst nach 1870 mit den französischen Milliarden organisiert worden.** Das alles habe die Alliierten veranlaßt, Oberschlesien Polen zuzusprechen. Man sei zu dem einmütigen Gedanken gekommen, daß die Bevölkerung durch Sprache und Abstammung polnisch sei. Zum Beweise dessen führte Briand den Zeit der der deutschen Friedensdelegation zugestellten Antwort an.

Die neuen Teilungspläne.

Der Widerhall in England.

London, 10. August.

Lloyd Georges gestrige Rede auf der Pariser Konferenz bildet das Hauptthema der Presse und der Ton der Blätter ist bezüglich der Aussichten auf eine Regelung der oberschlesischen Frage zuversichtlich. „Daily Telegraph" zufolge besteht guter Grund zu der Annahme, daß die internationale Spannung weg Oberschlesien beträchtlich nachgelassen habe und daß eine bessere Aussicht auf eine Lösung vorhanden sei. Das Blatt erklärt, Lloyd George habe den Standpunkt der englischen Regierung, daß das oberschlesische Industriedreieck zu Deutschland gehöre, im Obersten Rate erneut mit Nachdruck hervorgehoben. „Daily Telegraph" weist jedoch auf die Möglichkeit hin, daß ein Kompromiß auf Grundlage der Preisgabe des Grundsatzes der Unteilbarkeit des oberschlesischen Industriedreiecks gefunden werden könne. Offiziell liege kein Anzeichen dafür vor, es sei jedoch, wie verlaute, Tatsache, daß jetzt sowohl auf englischer als auch auf französischer Seite die Neigung vorhanden sei, eine Grenzlinie, die das umstrittene Gebiet durchschneidet, in Erwägung zu ziehen. Wenn dies auch nicht die beste Lösung sei, so doch die am besten erreichbare.

„Daily Mail" berichtet, der durch den englischen, den französischen und den italienischen Oberkommissar verstärkte Sachverständigenausschuß sei so gut wie angewiesen worden, eine Teilung des umstrittenen Industriedreiecks zwischen Beuthen und Kattowitz zwischen Polen und Deutschland vorzuschlagen, das die englische Regierung bisher Deutschland zuteilen wollte.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle" meldet aus Paris, man nähere sich einer Lösung des oberschlesischen Problems. In gut unterrichteten Kreisen glaube man, daß der Oberste Rat bald eine Regelung der oberschlesischen Frage erziele. Die Sachverständigen hätten sich bereits an die Festsetzung einer neuen Grenzlinie gemacht, die von Norden nach Süden, statt von Osten nach Westen verlaufe. **England müsse in dem Industriedreieck Boden an Polen überlassen und Frankreich müsse dagegen einen Teil des ganzen unentwickelten Gebiets von Pleß und Rybnik Deutschland zugestehen.** Ein Punkt, der Eindruck gemacht habe, sei der, daß in etwa 15 Jahren das Industriedreieck wahrscheinlich von viel weniger wirtschaftlichem Wert sein werde, während der nichtausgebeutete südliche Bezirk entsprechend im Werte steigen werde.

Londoner Brief.

Nachwirkungen des Bergarbeiterstreiks. — „Emanzipation" von der Kohle. — Der Fesselballon als Verkehrsregulator. — König Georg dementiert Northcliffe. — Der verschwundene Etatsüberschuß.

London, Anfang August 1921.

Der große Streik der Kohlenbergarbeiter, der vier Monate lang der beherrschende Faktor im politischen und wirtschaftlichen Leben Englands war, ist seit vier Wochen zu Ende, aber seine Nachwirkungen dauern fort. Die durch ihn verschärfte, bisher in England kaum dagewesene ungeheure Arbeitslosigkeit in allen Wirtschaftszweigen, die irgendwie unmittelbar oder auch nur mittelbar von der Kohle abhängig sind, weicht nur langsam. Es gibt aber auch erfreuliche Nachwirkungen, die sogar von volkswirtschaftlicher Bedeutung werden können. Man hat nämlich, mit entschiedenem Erfolg, versucht, sich von der Kohle ein wenig zu emanzipieren.

Es ist schon recht interessant, daß selbst auf weitere Strecken Pferdekuhrwerke noch jetzt den Wettbewerb mit den Eisenbahnen durchzuhalten suchen, nachdem sie in der Zeit ihrer Unentbehrlichkeit verstanden haben, sich die Gunst des reisenden Publikums zu sichern. Wichtiger ist, daß ein Teil der Industrie, soweit die Feuerungsanlagen das ohne große und kostspielige Umbauten gestatteten, sich mit Oelfeuerung zu behelfen gelernt hat und nun Miene macht, diese beizubehalten. Etwas ähnliches geht im Eisenbahnwesen vor sich. Die Zahl der Lokomotiven mit Einrichtung für Oelfeuerung ist vermehrt worden und soll weiter vergrößert werden. So scheint die Kohle einen ernsten Wettbewerber bekommen zu haben auf Gebieten, auf denen ihre Herrschaft bisher unbestritten war. Dasselbe sieht man in der Schiffahrt: vermehrte Oelfeuerung, geringere Abhängigkeit von der Kohle. Das wird auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf die Preisbildung der Kohle bleiben können, und die jetzige Krise, die den Antrieb zu dieser Entwicklung so sehr verstärkt hat, wird wohl auf diesen etwas unerwarteten Wege eine Reihe von weiteren Krisen nach sich ziehen, denn die Gefahr rückt näher, daß auch bei den um etwas verringerten Löhnen der Kohlenbergbau unlohnend wird.

Zu dieser fast kohlenlosen, schrecklichen Zeit ist man übrigens für besondere Fälle auf bisweilen absonderliche und lustige Auskunftsmittel verfallen. Zu den großen Pferderennen konnte die Eisenbahn, die sowieso schon kaum ein Fünftel der fahrplanmäßigen Züge fahren ließ, dieses Jahr keine Sonderzüge einlegen. Jegliches Beförderungsmittel wurde also zu Hilfe genommen. Dem unter diesen Umständen mit Sicherheit zu erwartenden Durcheinander verstand die findige Polizei dadurch zu begegnen, daß sie Fesselballons aufsteigen ließ, von denen aus der Verkehr reguliert werden konnte.

Die zweite große Frage der inneren Politik, die irische Frage, die nun schon seit 1916 in wechselnder Dringlichkeit die Aufmerksamkeit auf sich zieht, scheint durch die Verhandlungen zwischen Lloyd George und De Valera endlich einer leidlich befriedigenden Lösung näher zu kommen. Der Versuch des Lord Northcliffe, aufs Neue Mißtrauen zu säen, scheint für diesmal nicht geglückt zu sein. Die Begleitumstände dieser „Aktion" sind höchst eigenartig. Das (hinterher von Northcliffe verleugnete) Interview, in dem er eine angebliche Unterredung zwischen dem König Georg und seinem Premierminister wiedergab, ist auffallenderweise nicht nur nicht in der „Times", sondern, was das Merkwürdigste ist, auch in der „Daily Mail" nur in einem Teil der Auflage dieses Blattes abgedruckt worden. Die nach Schottland und Irland gehenden Exemplare hatten das Interview, der für Alt-England bestimmte Teil der Auflage hatte es nicht. Das verstärkt natürlich den Eindruck, daß ein ganz bestimmter Argwohn gegen den guten Willen des Premierministers gerade in Irland erzeugt worden sollte, und man fühlt aus der übrigen englischen Presse, trotz des Dementis Northcliffes, ganz deutlich diesen Verdacht heraus, umsomehr, als der edle Presse-Lord sich fünf Tage Zeit ließ, ehe er — sich selbst dementierte. Dieser Vorgang hat zu dem außergewöhnlichen Ereignis geführt, daß der König selbst Lord Northcliffes Lügen strafen mußte durch eine Erklärung, die er durch den Premierminister im Unterhause verlesen ließ. Bei der Natur der einander gegenüberstehenden Männer — Lloyd George und Northcliffe — ist nicht anzunehmen, daß dieser Zwischenfall damit schon endgültig erledigt sein sollte. Einstweilen aber ist Northcliffe noch in den Vereinigten Staaten.

Was er dort treibt, weiß man nicht recht. Aber man scheint ihm wenig Gutes zuzutrauen, wenn jetzt gemunkelt wird, später müsse Lloyd George höchst persönlich nach Washington fahren, um wieder aufzulösen, was jetzt Northcliffe angeknüpft oder wieder zusammenknüpfen, was dieser jetzt aufzulösen gesucht hat. Jedenfalls zeigt die Verlegung des Kriegsschauplatzes zwischen den beiden nach dem westlichen Gestade der Atlantis, welche Bedeutung man allenthalben den Beziehungen zu Nordamerika beimißt. Die soeben abgeschlossene britische Reichskonferenz hat, das ist immerhin durchgesickert, mit ganz besonderem Nachdruck ein gutes Verhältnis des britischen Reiches zu der recht kräftig und selbständig gewordenen einstigen Tochter Englands gefordert. Es ist das erste Mal, daß die Kolonien, die für das Mutterland im Kriege so große Opfer an Blut und Gut gebracht haben, mit selber Entschiedenheit auf die Richtung der britischen Außenpolitik einwirken. Letzten Endes ist auch die Vermittlerrolle, die der Südafrikaner Smuts in der irischen Frage spielt, hierauf zurückzuführen, da diese einem guten Einvernehmen mit Amerika immer noch gewisse Schwierigkeiten bereitet.

Eine große Enttäuschung hat das englische Volk aber vor wenigen Tagen im Unterhaus erleben müssen. Der Staatshaushalt für 1921/22 ließ sich im Voranschlag sehr schön an und sah überdies eine Schuldentilgung im Betrage von 80 Millionen Pfund Sterling vor — das wären nach deutschem Gelde mehr als 20 Milliarden Mark! Der schöne Traum ist aber schon zu Ende. Die allgemeine Wirtschaftskrise und der Streik der Kohlenbergarbeiter im besonderen haben den erwarteten Ueberschuß bereits verschwinden lassen, wie Sir Robert Horne im Unterhause zugeben mußte. Wie weit der Staatshaushalt im übrigen den gehegten Erwartungen gemäß wird eingehalten werden können, hängt jetzt ganz davon ab, in welchem Tempo das Wirtschaftsleben sich erholen kann. Und da soll man lieber nicht weissagen!